

Solidarität

Nummer 140

Dezember 2018

unsere Chance

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

1 Jahr Türkis-Blau, 1 Jahr Sozialabbau, 1 Jahr Demokratieabbau



**Hunderttausende Menschen bei Protesten,
Demonstrationen und Warnstreiks**

Was und wer gefährdet unsere Gesellschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Die Gefahr kommt nicht von außen, nicht von den Flüchtlingen, nicht von den Linken, sondern sie sitzt mitten drinnen, mitten in der Republik, in Konzernen, Institutionen, im Parlament, im BMI, im BVT.

Das zeigte sich zuletzt beim aufgeflogenen rechtsradikalen „Bewacher“ im BVT-Ausschuss und im Parlament (z.B. auch von Nationalratspräsident Sobotka!), angestellt von einer privaten „Sicherheitsfirma“. Und das dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein. Immer wieder kommen ähnliche Vorgänge ans Tageslicht, sitzen rechte Recken mitten in Ministerien und Parteien (Stichwort „Burschenschafter“, aber auch sogenannte „Identitäre“, die rechtsten der Rechten). Dazu muss man wissen, dass z.B. der jetzige Innenminister Kickl erst im letzten Jahr als prominenter Redner bei der von Journalisten „befreiten“ und geschlossenen Veranstaltung der „Identitären“ – also der Rechtsradikalen – in Linz, genehmigt vom Land (ÖVP-Landeshauptmann) auftrat. Jetzt baut der FP-Innenminister den „Verfassungsschutz“ um, säubert ihn von meist schwarzen, aber auch roten Beamten, die gegen Rechtsextremismus ermittelten, um die Verbindungen zwischen FP und Rechten zu vertuschen. Parallel dazu werden rechte Recken in Nadelstreif in Amt und Würden gehoben. Kanzler Kurz schweigt dazu – warum auch immer.

Insgesamt ist der wichtigste Teil des Staatsapparates mittlerweile in FP-Hand (Kunasek: Militär; Kickl: Polizei/Inneres; Moser, früher FP: Justiz; Hofer: Infrastruktur – auch nicht unwichtig, um allfällige Pläne von Militär- und Polizeiministerium gegen die Bevölkerung umzusetzen).

Alles Hirngespinnste?

Im Jahr 1934 haben die Austrofaschisten zuerst die Arbeiter

niedergeschossen, dann haben die Nazis den schwarz-autoritären Austrofaschisten Kanzler Dollfuß ermordet. Heute gehen die Türkisch-Schwarzen massiv gegen die arbeitenden Menschen vor, duldet ein neo-autoritärer Kanzler und seine Clique die offenen Rechtspolitiker in der Regierung, die rechten Recken und die rechts-rechten „Sicherheitskräfte“. Wie fühlt sich da der Parlamentspräsident Sobotka mit einem rechtsrechten „Beschützer“?

Was bedeutet das für die Bevölkerung, für die arbeitenden Menschen?

Die (Mitte?-)Rechtsregierung wird bei jeder Gelegenheit von Industrie(ellenvereinigung) und Wirtschaft(skammer) gelobt und befeuert. Die Rechten sind mitten in den Konzernen und Institutionen, gefördert und gesponsert von höchsten Konzern- und Regierungskreisen. Sie bereiten – wie im BVT-Ausschuss die Leiterin des BVT-Extremismusreferats in ihrer Aussage berichtete, den „*Tag X vor*“. Sie sagte sinngemäß, sie glaubte, dass beim Sturm auf das BVT im Februar dieses Jahres, „*dass der Tag X gekommen sei, von dem die Rechten sprechen und an dem sie „zuerst die Staatspolizei und dann die Justiz hängen wollen*“ (Kurier, 11. Okt. 2018). Also zuerst einen Putsch gegen das Establishment, um dann als „Anti-Establishment“, als „Erneuerer“ gegen die Masse der arbeitenden Menschen noch direkter, diktatorischer mit der ganzen Staatsmacht im Interesse der Reichen und Konzerne vorzugehen zu können?!

Wie war das noch? 1933 (Aus-schaltung des Parlaments durch die „Christlich-Sozialen“ Austrofaschisten), 1934 (Niederschlagung des Arbeiteraufstandes durch die Diktatur der Austrofaschisten, Ermordung des austrofaschistischen Kanzlers Dollfuß durch die deutschnationalen Nazi-Faschisten), 1938 (Auslieferung Österreichs durch die Austrofaschis-

ten an Deutschland, an die Nazi-Faschisten, Auslöschung Österreichs durch die Nazi-Faschisten), 1939 (Krieg statt des von den Nazis versprochenen Wohlstands und Krieg statt dem austrofaschistischem Stoß-gebet von Schuschnigg bei der Auslieferung Österreichs an Hitler: „Gott schütze Österreich“).

Das sind also keine Hirngespinnste. Heute befürchtete das die Leiterin des BVT-Extremismusreferats!

Vieles geschieht schon jetzt, wir sollten die Zeichen sehen! Beispiele: Im „normalen“ parlamentarischen Ablauf wurden (Gesetz zu 12-Std.-Tag / 60-Std.-Woche) und werden (SV-„Reform“) unter Umgehung des Parlaments (keine oder geringe Begutachtung) und der Öffentlichkeit (keine Details, nebulöse Berichte) oder per „Ermächtigungsgesetz“ noch vor dem beschlossenen SV-„Reform“-Gesetz Fakten geschaffen, um per Verordnung im Interesse der Industrie zu regieren.

Mit der allgegenwärtigen „**Flüchtlings-Kopftuch-Ausländer“-Ab-lenkungspropaganda**, wird versucht, dies alles als „im Auftrag der Mehrheit“ zu rechtfertigen. Die „Kopftuch“-Propaganda soll verschleiern, dass die Hauptbetroffenen der unsozialen Politik (SV-Zerschlagung, Kürzung der Mindestsicherung, „Familienbonus“, 12-Std.-Tag) die Masse der wenig verdienenden, am meisten unter Arbeitsdruck stehenden Bevölkerungsschichten sind, zu denen zwar auch Flüchtlinge gehören, aber in überwältigendem Ausmaß „die Österreicher“ davon betroffen sind. Kurz, Kickl, Strache und Kapsch (Industriellenchef) reiben sich die Hände und die Massenmedien freuen sich über die Flut an Regierungs- und Industrie-Propaganda-Inseraten. Wir aber zahlen, auch wenn es sich um „Gratis“-Zeitungen handelt, mit unserer Gesundheit, höherer Arbeitsbelastung, weniger Freizeit und immer schlechter werdenden Lebensbedingungen.

Versprochen:

Neue Gerechtigkeit I

Tatsache:

12-Stunden-Tag.
Diktat der Firmenchefs
statt „Freiwilligkeit“ Mehr
Arbeiten, weniger Geld.

Versprochen:

Neue Gerechtigkeit II

Tatsache:

Die 1% der Reichen und
Superreichen, die Konzerne
und Banken – sie gefährden
den Sozialstaat, nicht die 1%
Kriegsflüchtlinge (90.000 = ein
Stadion voll = 1% der
Bevölkerung), die 2015 nach
Österreich kamen.

Versprochen:

Sozialversicherung I
Patientenmilliarde

Tatsache:

Die Zusammenlegung in der
Sozialversicherung (Gebets-
krankenkassen, GKKs) kostet
2 bis 3 Milliarden Euro. 1/3 der
SV-Beschäftigten soll nicht
nachbesetzt werden. Die
Folgen: Selbstbehalte, weniger
Ärzte, weniger Leistung.

Versprochen:

Sozialversicherung II
Keine Privatisierungen

Tatsache:

Ausverkauf an die Wirtschaft
durch Umfärbung der Selbst-
verwaltung. Noch mehr
Öffnung der Sozialversiche-
rung für Privatversicherer,
z.B. VIP-Ambulanzen. Mehr
Förderung von Privatspitälern.
Die Folge: Nachteile für
Kassenpatienten (Arbeiter und
Angestellte in den GKKs –
künftig ÖGK).

Versprochen:

Sozialversicherung III
Keine Leistungskürzung
bei der AUVA

Tatsache:

Kürzung der Dienstgeber-
beiträge um 500 Mio. Euro,
Abbau von 1/3 des
Verwaltungspersonals,
Ausgliederung der AUVA-
Unfallkrankenhäuser (UKHs)
und Reha-Zentren in eine
privatwirtschaftlich organisierte
GesmbH, damit Verschlechte-
rung der Bezahlung für Unfall-
ärzte. Die Folge: Streben nach
Gewinn statt Orientierung am
Gemeinwohl, drohender
Personalmangel bei Unfall-
ärzten, daher schlechtere
Unfallheilbehandlung, längere
Wartezeiten auf Rehas und
Genehmigung von
Unfallrenten.

Versprochen:

Neue Fairness I

Tatsache:

„Familienbonus“: Kinder von
Eltern mit ab 3.000 Euro
Monatsbrutto sind der
Regierung 1.500 Euro im Jahr
wert, Kinder von Eltern mit z.B.
1.200 Euro Monatsbrutto nur
rund 250 Euro.

Versprochen:

Neue Fairness II

Tatsache:

Schon jetzt Bespitzelung von |
Kranken und Arbeitslosen.
Geplant: Kürzung bei
Arbeitslosengeld und
Mindestsicherung, Abschaf-
fung der Notstandshilfe –
bedeutet zusätzlich 120.000
Mindestsicherungsbezieher,
mehr Elend.

Versprochen:

Neue Fairness III

Tatsache: Mieten steigen
(um 80% seit 1998), ebenso
alle Lebenshaltungskosten
und steigen weiter. Löhne,
Gehälter und Pensionen
sinken real seit mehr als 20
Jahren. Gewinne und
Vermögen der Unternehmer
und Reichen explodieren,
Unternehmersteuern sollen
weiter und noch mehr
gesenkt werden.

Versprochen:

Gerechte Steuerreform

Tatsache:

Statt der angekündigten 5 Mrd.
jetzt nur mehr 3,5 Mrd. Euro
Entlastung, weil der „Familien-
bonus“ abgezogen wird. Da-
von sollen allein die Unter-
nehmer 1,7- 2 Mrd. Euro
erhalten. Wie? Durch die
Senkung der Körperschafts-
steuer (2017: 8,44 Mrd.
Euro) um ein Fünftel



Versprochen:

Sozialversicherung IV
Leistungsharmonisierung

Tatsache:

Die Leistungen der
Sozialversicherung der
Arbeiter und Angestellten
werden nicht an die der
Beamten, Bauern und
Selbständigen angehoben

Zerschlagung der solidarischen Sozialversicherung

Die Regierung zieht die Entmachtung und Enteignung der 7 Millionen Arbeiter- und Angestelltenversicherten im Interesse der Wirtschaft durch. So steht schon im Vorblatt zum Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SV-OG): „private Anbieter von Gesundheitsdiensten“ sollen gefördert werden. Damit das möglichst schnell geht, wird sogar das Parlament umgangen.

Mit dem SV-OG übernimmt die Wirtschaft die Macht in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung (ÖGK, PVA, DV) und will die Privatisierung vorantreiben. Wer das Sagen in der Sozialversicherung (SV) hat, bestimmt über die Gelder, über Art und Umfang der Leistungen. Ziel der Schwarz-Blauen ist es, den größten Non-Profit-Bereich Österreichs, die (noch) nicht auf Gewinnerzielung orientierte solidarische SV, in profitorientierte, private Hände umzuleiten. Dabei geht es um fast 62 Mrd. Euro pro Jahr. Der Gesundheitsbereich, so stellen sog. „Gesundheitsökonom“ und Wirtschaftskammer unermüdlich fest, ist ein großer und schnell wachsender Zukunftsmarkt. Deshalb wollen die privaten Versicherungen und Gesundheitskonzerne an die in Summe fast 62 Mrd. Euro der Versicherten heran.

Was Schwarz-Blau mit der SV vorhaben, hat schon im Frühjahr 2017 ein Vertreter der Wirtschaftskammer im Hauptverband der SV-Träger (HV, künftig Dachverband, DV) dargelegt: Die SV habe 154 eigene Einrichtungen (Kurheime, Reha-Zentren, Ambulanzen) – die seien „zu teuer“, privat geführte Anstalten wären „billiger“. Der Verkauf, die Verpachtung oder die Ausgliederung dieser Einrichtungen wäre daher zu überlegen. Ähnliche Modelle waren schon damals auch für die AUVA, die Unfallspitäler (UKHs) und Reha-Zentren betreibt, angedacht. Jetzt werden der AUVA 500 Mio. Euro gestri-

chen und die UKHs in eine GmbH überführt, damit der Privatisierung Tür und Tor geöffnet.

Doch die solidarische, nicht auf Gewinn orientierte (non-profit) SV ist nicht teuer, hat bloß knapp 3% Verwaltungskosten, 97% der SV-Gelder fließen zurück an die Versicherten. Private, auf Gewinn ausgerichtete Versicherungskonzerne haben „Verwaltungskosten“ von bis zu 30%, also fließen nur 70% an die Versicherten zurück.

Also wie dorthin kommen, dass die SV „schlecht“ ist, „teuer“ ist und deshalb „reformiert“ (privatisiert) werden muss?

Um dorthin zu kommen, werden die 9 GKKs zu einer Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zentralisiert / verstaatlicht und der GKK/ÖGK Finanzmittel mutwillig entzogen. Wie? Erstens, indem der Verlust der Einnahmen von in Summe rund 500 Mio. Euro durch die Senkung des Dienstgeberbeitrages bei der AUVA auf die ÖGK, also die Arbeiter- und Angestelltenversicherten überwältigt wird. Zweitens dadurch, dass die Fusionskosten zur Errichtung der ÖGK und die Mindereinnahmen durch die Übertragung der Kassenbeitragsprüfung an die Finanzverwaltung, weitere 2 Mrd. Euro an Einnahmeverlust für die ÖGK bedeuten. So **erzeugt man ohne Not mutwillig ein Kassendefizit von rund 3 Milliarden Euro und mehr!** Das wird schon jetzt (siehe Gesetzesentwurf) und erst recht nach Inkrafttreten der Unternehmermehrheit in der „Selbstverwaltung“ der ÖGK, als Vorwand hergenommen werden, um nach (noch viel mehr) Privatisierung der SV zu schreien, weil diese „nicht wirtschaften“ könne. Für die Patienten und Versicherten bedeutet das keine höheren Leistungen, sondern die Gefahr von noch mehr Selbstbehalten, noch weniger Arztstellen und weniger Service, weil die Regierung in der ÖGK ein Drittel der Beschäftigten nicht nachbesetzen will.

Klagen gegen AUVA-Betriebsräte

Weil es gegen den Angriff auf unser Gesundheitssystem seit Jahresanfang Proteste auf der Straße und im Parlament gab und gibt, hat die AUVA-Führung den Betriebsräten und Beschäftigten, die sich um den Erhalt der AUVA öffentlich eingesetzt haben, mit Klage gedroht, weil sie angeblich „betriebsschädigend“ gehandelt hätten. Das Gegenteil ist der Fall! In einer parlamentarischen Anfrage hat die Regierung diese Vorgangsweise der AUVA-Spitze auch noch ausdrücklich begrüßt. Die Botschaft ist: Gerechtfertigter Widerstand soll bestraft und im Keim erstickt werden. Das ist ein Skandal, ein höchst undemokratischer Versuch der Einschüchterung und ist schärfstens zurückzuweisen!



Weiters hat die Regierung dann noch vor dem SV-OG-Gesetzes-

beschluss am 13. Dezember mit einem eigenen Gesetz die „Unsozialministerin“ ermächtigt, schon davor gegen die SV vorzugehen (§ 717b ASVG: „*Vorbereitungshandlungen, die im Hinblick auf erst in der Zukunft liegende Gesetzesänderungen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze erforderlich sind, können bereits vor dem In-Kraft-Treten des jeweiligen Bundesgesetzes durchgeführt werden ...*“). Das Parlament wird so praktisch umgangen. Diese Vorgangsweise ist einmalig in der 2. Republik und erinnert an das Jahr 1933.

Weiters hat dann die Regierung ganz schnell „VIP-Ambulanzen“ in das SV-OG hineingeschrieben, obwohl sie zuvor vehement behauptete, dies nicht zu tun. Man sieht also ganz deutlich wozu die „SV-Reform“ dient:

Sparen ist nur der Vorwand, Umfärbung ist das Mittel, die Umleitung der Gelder ist der Zweck, die Privatisierung der solidarischen SV ist das Ziel!

Sozialversicherung:

Das sagten Experten im Parlament *



* Quelle: Kontrast

Unser Flugblatt zur SV



Weiterführende Informationen zur SV-„Reform“:

1) Gesamte Stellungnahme des proSV-Vertreters im Sozialausschuss im Parlament. Der gesamte Ausschuss auf Video

<https://www.facebook.com/spoeparlamentsklub/videos/260203177976143/>

Wer sich nicht durch das ganze Ausschuss-Video mühen will, die proSV-Stellungnahmen (Wilfried Leisch) finden sich bei Minute 22:30, 1:36:25 und 3:06:15 (der ganze Ausschuss dauerte 3,5 Stunden).

2) Text aus der Parlamentskorrespondenz https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1273/index.shtml

3) Video-Zusammenfassung der kritischen Stellungnahmen: <https://www.facebook.com/kontrast.at/videos/2139996242918421/>

Machtübernahme durch die Wirtschaft

bis zum Jahr 2001	Derzeit	Künftig
Hauptverband	Hauptverband der SV	Dachverband
	A+A 85% der Versicherten	
AV in Mehrheit	6 AV : 6 UV (50% : 50%)	4 AV : 6 UV (40% : 60%)
GKKs	Krankenversicherung/GKKs	ÖGK
	A+A 100% der Versicherten	
AV in Mehrheit	4 AV : 1 UV (80% : 20%)	6 AV : 6 UV (50% : 50%)
PVA	Pensionsversicherung (PVA)	
	A+A 100% der Versicherten	
AV in Mehrheit	2 AV : 1 UV (66,65% : 33,35%)	6 AV : 6 UV (50% : 50%)

AV = Arbeiter- bzw. Angestelltenvertreter, UV = Unternehmervertreter



Bericht von der Podiums- und Publikumsdiskussion „Damals: Nein zur Atomenergie – Heute: Herausforderung Klimawandel“ im Amerlinghaus in Wien am 5. Nov. 2018, zu der die „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ und das „Österreichische Solidaritätskomitee“ (ÖSK) eingeladen haben.

Am Podium (von rechts nach links): em.Univ.-Prof.Dr. Helga Kromp-Kolb, Universität für Bodenkultur; DI Mira Kapfinger, System Change, not Climate Change; Moderation Mag. Heidemarie Tschida; Abg.z.NR Alois Stöger, diplomé, Leitender Sekretär der Produktionsgewerkschaft PRO-GE; ZBRV Robert Wurm, Vors. Zentralbetriebsrat ÖBB-Postbus, Gewerkschaft der Post und Fernmeldebediensteten (GPF); Dr. Wilfried Leisch, Österreichisches Solidaritätskomitee / proSV und GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg.

Zusammenfassung der einleitenden Stellungnahmen:



Prof. Dr. Kromp-Kolb:
Vor 40 Jahren war es notwendig, wenngleich auch schwierig, gegen das AKW in Zwentendorf

zu sein – heute ist es notwendig gegen den Klimawandel engagiert zu sein, obwohl man sich dabei heute einem grob fahrlässigen Verhalten weitester Kreise gegenüber sieht. Zwentendorf war eine nationale Entscheidung, der Klimawandel fordert die ganze

Welt heraus. Wer vor 40 Jahren zur Einsicht kam, dass Kernenergie tödlich für die Menschheit sei, konnte eine eindeutige Entscheidung treffen. Heute, im Zeitalter des Klimawandels, ist dies schwieriger, weil das Problem global und hier bei uns die Auswirkungen noch nicht so stark spürbar sind wie auf anderen Kontinenten. Trotzdem ist jede/r mitverantwortlich! Wenngleich auch viele Menschen dafür sind, gegen den Klimawandel aufzutreten, fehlt in vielen Fällen das TUN, das dringend nötig wäre. Österreich, als eines der reichsten Länder der Welt hätte die Pflicht, in Sachen Klimawandel vor-aus zu gehen, um anderen Länder, vor allem ärmeren, mit gutem Beispiel voranzugehen. Es ist notwendig, die Erderwärmung bei 1,5 Grad zu stoppen, weil es sonst zu großen Katastrophen kommen wird. Bei 1,5 bis 2 Grad sind Millionen Menschen von den Folgen betroffen (Verlust der Heimat). Die Natur reagiert laut letzten Forschungsergebnissen schneller als erwartet auf nur wenige Zehntelgrad Erwärmung (Bericht des UNO-Weltklimarates = IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change). Die Folgen treten rascher ein und sind größer. Wir dürfen die 1,5 Grad nicht über-

schreiten! Weder von der Wissenschaft noch von der Technologie und auch nicht von der Ökonomie gibt es Gründe, die 1,5 Grad nicht einzuhalten! Entscheidend ist einzig und allein, ob wir es wollen und tun! Daher ist es wichtig, so wie bei der Zwentendorf-Abstimmung eine Diskussion auf breitester Basis zu führen.



DI Mira Kapfinger:
Das System muss geändert werden, nicht das Klima, dann wird es keine Klimakatastrophe geben. Der Vergleich mit Zwentendorf und Hainburg zeigt, dass wir in keinem Fall jemals aufgeben dürfen, wenn wir erfolgreich im Kampf sein wollen. Ziviler Ungehorsam ist in jedem Fall geboten und sinnvoll: Zwentendorf war bereits gebaut und die Brennstäbe wurden angeliefert – trotzdem ging die Abstimmung gegen das Kraftwerk aus. In Hainburg wurde bereits gerodet – trotzdem wurde das Kraftwerk verhindert! Die Klimakrise hat eine globale Dimension und erfordert für ihre Bekämpfung einen Systemwandel: Die kapitalistische Wirtschaft muss unbedingt von einer reinen Profit-

wirtschaft, die sich nicht darum kümmert, welche Auswirkungen ihre Produktion auf die Umwelt hat, hin zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient und einen sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen sucht, verändert werden. Dabei ist die Abwendung von fossilen Energieträgern allein nicht genügend. Die ständige Gewinnmaximierung muss vernünftigen Plänen weichen, ein menschenfreundliches Wirtschaften ist zu suchen: Statt arbeiten bis zum Umfallen (12-Studentag) mehr Diskussionen und mehr Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in Politik und Wirtschaft. Die notwendige Veränderung in der Arbeitswelt und ihre Neugestaltung darf aber nicht auf dem Rücken der arbeitenden Menschen passieren. Wir müssen von uns aus den Diskurs antreiben. Etwa in Deutschland so lange, bis der Braunkohleabbau nicht mehr tragbar ist, den zivilen Ungehorsam in Österreich wiederbeleben, was von der gegenwärtigen Regierung nicht gewünscht ist. Den Klimawandel mit unserem Leben verknüpfen! Die klare Herausforderung unserer Zeit ist ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel. Keine Scheu vor Konflikten und der Komplexität der Erfordernisse eines Systemwandels!



Abg.z.NR Alois Stöger: Mit der Ablehnung von Zwentendorf wurde die „Heiligkeit“ der Experten beendet.

Der demokratiepolitische Erfolg der Zwentendorfabstimmung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Technikgläubigkeit und die Idee, dass Arbeitsplätze nur mit großindustriellen Projekten gesichert werden könnten, konnten nach Zwentendorf nicht mehr in der gleichen Weise vertreten werden. Atomenergie ist politisch nicht einsetzbar und müsste in der heutigen Zeit unter Umständen mit Waffengewalt verteidigt wer-

den, was ein Hohn wäre. Bezüglich Klimawandel ist zu überlegen, wie „Energieabfälle“ in Betrieben positiv verwertet werden könnten, um dem Klimawandel vorzubeugen. Beispiele: Linz wurde zur saubersten Industriestadt; die Energie der Hochöfen war nicht mehr Abfall, sondern die Wärme wurde genutzt; umweltfreundliche Mobilitätsformen sind klimafreundlicher – Österreich ist z.B. führend in der Bahnindustrie; kann die Bahn das Auto ablösen? Bei 2:22 Stunden mit der Bahn von Wien nach Salzburg ist das auf jeden Fall so. Es sind Fragen zu stellen von mündigen Bürgern: Wohin gehen Forschungsgelder; warum wird das Militär mit so ungeheuren Summen gestützt und zivile Projekte bleiben hintan? Gesellschaftliche Veränderungen entstehen durch Zwänge! Üben wir wieder mehr Zwänge auf die politischen Entscheidungsträger aus, damit sich etwas ändert! Gemeinsam können wir viel erreichen und die Gemeinschaft kann die Freiheit des Einzelnen stärken. Auch die soziale Sicherheit, die wir heute (noch) haben, wurde durch Druck von unten erreicht.



ZBRV Robert

Wurm: Etliche der heutigen TeilnehmerInnen waren schon 1978 dabei, als der Erfolg von Zwentendorf

gelang. Jedes AKW, das verhindert wird, ist ein Sieg für die Menschen! Die Bestätigung der zukunftssträchtigen Entscheidung von 1978 erfolgte acht Jahre später, als Tschernobyl in die Luft flog. Damals stieg der Anteil von Schilddrüsenenerkrankungen schlagartig um 86%. Wäre Zwentendorf in Betrieb gegangen, hätte das auch bei uns passieren können. Ein Lob für Kreisky, der die Volksabstimmung zuließ, was heute nicht mehr selbstverständlich ist, und schließlich auch das Ergebnis zur Kenntnis nahm. Bei den 50,4 Prozent NEIN von

1978 waren auch sehr, sehr viele Gewerkschaftsmitglieder dabei, sonst wäre das Ergebnis nicht erreicht worden, weil ja der ÖGB im Großen für Zwentendorf eintrat. Was vor 40 Jahren bei Zwentendorf gelungen ist, wird uns auch beim Klimawandel gelingen. Leider ist trotz des Ernstes der Lage der Klimawandel noch nicht bei den Menschen angekommen, nicht unten und auch nicht oben. Jeder hat sozusagen noch seine gedanklichen „Erbhöfe“ in der Hinterhand: das Auto, die 3. Piste usw. Wer die Zeichen beobachtet, muss zum Entschluss kommen, etwas zu tun. Das ist unsere Aufgabe, dass wir noch viele Menschen aufwecken und zum Mitmachen ermutigen. Wir sind das unseren Kindern und Enkeln schuldig. Dafür müssen wir mit aller Kraft arbeiten, damit die Meinung und die Bereitschaft zum Engagement sich von der Passivität zur Aktivität drehen. Mit der jetzigen Regierung wird das nicht gehen, daher ist die Zivilgesellschaft gefragt und gefordert! Die Veranstaltung von heute muss das Thema weitertragen!



Wilfried Leisch:

Die große Bedeutung des Sieges von Zwentendorf war und ist, dass die Menschen damals selber etwas erreichen

konnten und es noch immer können! Ein Symbol von damals: viele kleine Fische treiben den großen Fisch in die Flucht! Noch immer haben die Politik, die Atombetreiber und die Atomkonzerne, gleich welcher Farbe, nicht aufgegeben: Österreich zahlt jährlich 40 Millionen Euro an EURATOM, zahlt an die IAEA (Internationale Atomenergieagentur), die Idee des Atommülllagers wurde unter der gegenwärtigen Regierung wiederbelebt. Die Gefahr ist: Wer in der EU ein Atommülllager hat, auf den steigt der Druck, Atommüll aus anderen

EU-Staaten einlagern zu müssen – oder die Möglichkeit, dies zu wollen, weil es ein Geschäft ist! Es wurden also nicht wirklich Konsequenzen aus dem Atomsperrgesetz gezogen. Das Atom-NEIN der Österreicher wird mit Füßen getreten. Die Atom-lobby ist voll am Drücker: Von der EU kam z.B. die Zustimmung, dass der Bau des britischen AKW Hinkley Point C bezuschusst werden darf (EuGH-Urteil), der Bau kostet 35 Milliarden, und wird auf 30 Jahre gefördert – Atomstrom ist ohne Förderung nicht konkurrenzfähig! Atomenergie wird nach wie vor als ein Ausweg aus der Klimakatastrophe gesehen.

Wir müssen aufmerksam und wieder aufmüpfiger sein und unser Recht auf Schutz von Menschen und Umwelt einfordern. Aufgabe von Organisationen wie der unseren ist es, dem Einzelnen das Rückgrat zu stärken und so zur Eigenverantwortung zu ermutigen. Wirtschaftlich immer nur mehr, aber gleichzeitig immer kurzlebigere

Produkte (Wegwerfprodukte) zu erzeugen statt Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit bei Produkten anzustreben, ist eine Fehlentwicklung. Noch dazu werden immer mehr und immer wieder Riesenprojekte geplant und ausgeführt. Diese bringen aber nur weitere Umweltprobleme und soziale Probleme, Arbeitsplätze bringt das keine. So wie Zwentendorf keine soziale Frage gelöst, sondern nur einigen wenigen Profit beschert hätte, so ist es auch mit der Klimakrise: Einige werden es leicht haben, durchzukommen, die große Masse wird leiden, sogar um ihr Leben bangen.

Dem Klimawandel muss mit aller Kraft begegnet werden, denn die Zeit rennt uns davon! Elektroautos statt Öffis, das Herumführen von Lebensmitteln in ganz Europa, die Vergeudung von Ressourcen (Wegwerfproduktion) usw., sind der falsche Weg. Um die ökologischen und sozialen Herausforderungen, um den Klimawandel zu meistern, ist das

Gemeinwohl zu stärken, statt die Vermehrung des Profites der Reichen! Statt der Profitwirtschaft ist eine Solidarwirtschaft nötig!



Mag. Heidemarie Tschida:

Herzlichen Dank für die erfrischende und souveräne Moderation und Diskussionsleitung!

Dank auch nochmals an alle ReferentInnen und an das sehr zahlreich erschienene Publikum und die rege Teilnahme an der über dreistündigen Veranstaltung.



Eindrücke von der anschließenden Diskussion

Der Konsens, dass der Kampf gegen die katastrophale Entwicklung des Weltklimas mit einer radikalen Änderung des Wirtschaftssystems Hand in Hand gehen muss, wurde auch bei der Diskussion mit dem Publikum deutlich. Ein schneller und tiefgreifender Wandel von einem rein profitorientierten Kapitalismus zu einer, den sozialen Bedürfnissen aller Menschen global gerecht werdenden Wirtschaftsordnung ist unabwendbar.

Für den Ausstieg aus der alle Lebensbereiche dominierenden fossilen Technologie und den damit verbundenen Herausforderungen ist die breite Vernetzung von Wissenschaft, Aktivisten, verantwortungsvollen Menschen in der Bevölkerung und nicht zuletzt in der Politik nötig. Hier wurden aber auch schon die massiven Verwerfungen sichtbar,

die zwischen den notwendigen technologischen und gesellschaftlichen Maßnahmen zum Kampf gegen die Klimakatastrophe und dem fast zwanghaften Verharren der weitgehend von der neoliberalen Ideologie durchsetzten Wirtschaft, der universitären Wissenschaft und Politik am bestehendem System existieren. Das Lobbying der Großindustrie gegen den Ausstieg aus der fossilen Technologie und Weltwirtschaft ist dabei noch wesentlich massiver und aggressiver als bei der Atomindustrie. Nur wenige, nicht genug zu lobende Ausnahmen im Wissenschaftsbetrieb wie die teilnehmende Universitätsprofessorin Kromp-Kolb kämpfen trotz Anfeindung und Diffamierung darum, das rasant zunehmende Desaster und die Dringlichkeit von Maßnahmen in der Klimafrage zumindest aufzuzeigen. Siehe dazu auch das eben erst

erschienene Buch „Plus Zwei Grad“ (Helga Kromp-Kolb / Herbert Formayer).

Von einer Einbindung in Lösungen ist nicht einmal ansatzweise die Rede. Die Universitäten versagen in weiten Bereichen, für die Gesellschaft nützliche Forschung zu betreiben und erfüllen zur Profitmaximierung gedrängt, häufig nur mehr Geld bringende Aufträge für die Industrie. Die Lehre dient oft nur mehr dazu, für die Wirtschaft und Industrie gut nutzbare „Fachkräfte“ auszubilden. Wenn man da nicht mitspielt verliert man sehr leicht seinen Universitätsjob. Die von Lobbyisten umzingelte Politik tut scheinheilig so als ob das eine wertvolle Beratung wäre, obwohl der erzielte Wertzuwachs manchmal auch zu einer Fußfessel führt. Dass bei der notwendigen Energie- und Gesellschaftswende

auch die Arbeit vollkommen neu bewertet werden muss und dies durch die gleichzeitig stattfindende digitale Revolution noch dringlicher wird, war im Publikum und bei den Teilnehmern am Podium klar. So richtig an der Gewerkschaftsspitze und der Politik scheint dies aber noch nicht angekommen zu sein. Es erfordert nämlich eine „massive Arbeitszeitverkürzung“ und eine gesellschaftlich und ökologisch sinnvolle Arbeit. Es geht nicht darum, quantitativ Arbeitsplätze zu schaffen und damit klimaschädliche Produkte wie Autos (auch nicht Elektroautos), Flugzeuge und schon gar nicht Panzer zu produzieren. Es geht darum gesellschaftlich nachhaltige Produkte unter weltweit fairen Bedingungen herzustellen.

Auch die Einbeziehung der Bevölkerung in solch gravierende Änderungen bedeutender Lebensumstände zeigte einen Graben zwischen den Vorstellungen herkömmlicher repräsentativer Demokratie und den demokratischen Bedürfnissen einer modernen Zivilgesellschaft auf. Großprojekte wie Zwentendorf, Hainburg, Tunnels und Flughafenpisten wurden bisher koalitionär beschlossen und dann nach einer, jetzt auch schon als lästig und der Wirtschaft abträglich empfundenen „Umweltverträglichkeitsprüfung“ genehmigt und gestartet. Nur mühsam konnten Idealisten und Aktivisten mit Hilfe der Bevölkerung gegen die massive Gewalt der Großindustrien und gegen die sie schützende Politik aufbegehren, wenn sie lebensbedrohliche Gefahren für die Bevölkerung durch diese Projekte erkannten.

Das kann bei der drohenden Klimakatastrophe und bei der notwendigen Wandlung der Gesellschaft nicht mehr in dieser Form ablaufen, da hier letztlich die weltweite Zivilisation auf dem Spiel steht. Nicht mit inflationären Volksbefragungen und Abstimmungen, sondern mit einer breiten

Diskussion der Probleme auf allen Ebenen, vor allem in den (noch) öffentlichen Medien muss dieser Problematik begegnet werden. Der Klimawandel müsste in Zeiten wie diesen, wo auch bei uns schon ganze Täler durch abgehende Muren verwüstet werden und Menschen durch Sturzfluten oder Brände umkommen, ganz im Vordergrund der öffentlichen Debatte stehen. Die derzeitige Form der repräsentativen Demokratie muss dazu ebenso überdacht werden.



In erster Linie ist beim Überdenken der repräsentativen Demokratie die Sozialdemokratie – und das durchaus europaweit – gefordert. Die Grünen haben sich mit dem ehrgeizigen Streben nach Mitregieren selbst und ihre Gründungsideen vergessen und wurden danach auch von den Wählern vergessen. Den Rechts- oder Rechts-Rechtsparteien geht die derzeitige repräsentative Demokratie schon zu weit (auch europa- und weltweit). Sie tendieren stärker zu verschärften, autoritären Formen der repräsentativen Elitendemokratie, in der Politiker zwar vom Volk gewählt werden, aber nicht dessen politische Grundrechte respektieren, früher einmal „germanische Demokratie“ oder „Führerdemokratie“, heute auch „illiberale Demokratie“ (Orban) genannt.

Kritisch betrachtet hat die Sozialdemokratie jahrzehntlang für ein wenig Mitnaschen am

Profittuchen mit der sogenannten Sozialpartnerschaft den wirklich Mächtigen im Hintergrund, nämlich dem Kapital und der Großindustrie als Steigbügelhalter gedient und nun ist man empört, gekränkt und verzweifelt wenn deren Repräsentanten am hohen Ross sitzen und über die Bevölkerung hinweg reiten. Es wäre höchste Zeit für die sozialdemokratischen Parteien sich für solche Demokratieformen zu erwärmen, wo nicht die individuelle Freiheit der neoliberalen Leistungsträger im Vordergrund steht, sondern wo zivilisatorische Schutzbarrieren für die Masse der Bevölkerung gegen die Gewalt und das Gesetz des Stärkeren, des neoliberalen Kapitalismus errichtet werden. Wenn dieses Umdenken nicht gelingt, werden auch diesmal die sozialdemokratischen Parteien auf der Seite des Großkapitals stehen und an Stelle der notwendigen echten Energiewende und der Sozialwende eine neue höchst lebensbedrohliche technologische „Lösung“ des Klimaproblems mitpropagieren, das Geengineering. Dabei soll unter anderem bis hin zur Verdunkelung der Sonne mit versprühten Aerosolen in der Stratosphäre und Düngung der Meere zur CO2-Reduktion, die katastrophale Klimaerwärmung verringert werden und alles wie gehabt fossil, neoliberal und großkapitalistisch noch ein paar Jahre weitergehen, bis der Industrie vielleicht eine andere Großtechnologie profitabel erscheint oder das Problem durch sehr viel weniger Menschen auf dem Planeten Erde kleiner wird, durch Kriege um Trinkwasser, um sichere Orte als Schutz vor den katastrophalen Klimaänderungen, usw.



Da in der Politik die notwendige Wende nicht in Sicht ist, müssen wieder Idealisten und Aktivisten mit der Bevölkerung gegen die Politik und die Großindustrie kämpfen und zivilen Ungehorsam auf gewerkschaftlicher, zivilgesellschaftlicher Ebene, sei es parlamentarisch oder außerparlamentarisch, leisten, um ein erträgliches Leben auf der Welt zu

ermöglichen. Diesmal aber unter noch viel schwierigeren Randbedingungen, nämlich weltweit und nicht nur lokal gegen ein Atomkraftwerk. Ja, die Herausforderungen sind groß. Doch weltweit will die überwältigende Mehrheit der Menschen die dargelegten unmenschlichen Entwicklungen nicht. Wir sind die Mehrheit. Wenn wir gemeinsam

aktiv werden, können wir positive Veränderungen bewirken. Und: Anfangen kann jede/r hier und jetzt und im eigenen Land. In Anlehnung an unseren grafischen Kommentar zum Atom-NEIN-Ergebnis 1978: Viele kleine NEIN-Fische können dem großen kapitalen JA-Fisch den Garaus machen. Machen wir uns auf den Weg. Hier und jetzt.

Klimawandel-Leugner im Auftrag der Energiemultis und anderer Konzerne

Die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas zur Energiegewinnung (und Profitmaximierung) liefert bis heute 90% unserer Energie und trägt somit zu 90% des weltweiten CO2 Ausstoßes bei.

Dieser CO2 Ausstoßes ist nun der Hauptfaktor für die für Mensch und Natur äußerst bedrohliche Erderwärmung die sich ja schon in den letzten 20 Jahren samt all der Klimakatastrophen gezeigt hat. Alle Experten sind sich einig, dass das erst der Anfang war. Wird nicht wirklich eine Wende vollzogen, dann „blüht“ uns für die nahe Zukunft eine Erderwärmung von 1,5 bis 2 Grad oder noch mehr Grad mit apokalyptischen Folgen überall auf der Welt, auch bei uns in Österreich. Für die Kapitalisten sind die Gewinnung und Verwertung fossiler Energie ein noch immer ungeheuer profitabler Bereich und freiwillig werden sie diesen auch nicht zurückfahren.

Ein Beispiel sind die Brüder Koch

Die US-Amerikaner gehören zu den reichsten Milliardären der Welt. Jeder von Ihnen besitzt ca. 36 Milliarden Dollar. Sie besitzen die zweitgrößte US-Firma in Privatbesitz, das Konglomerat „Koch Industries“. Dieser Dachkonzern besitzt unter anderem Ölraffinerien, Pipelines, Chemie- und Düngefabriken sowie Rinderfarmen, betreibt Rohstoffhandel und betätigt sich als

Gasproduzent. Die Kochs sind u.a. auch an Ölvorkommen in Kanada beteiligt.

Die Koch-Brüder gelten als eine der aggressivsten Gegner einer aktiven Klimaschutzpolitik. Sie sind Geldgeber eines großen Netzwerks von Lobbyvereinigungen in den USA. Sie organisieren seit langem z.B. Angriffe auf geplante US-Gesetze, die fossile Brennstoffe verteuern und erneuerbare Energien fördern sollen.

Die Koch-Brüder hatten und haben ebenso wie die US-Erdölmultis und andere Konzerne, die stark auf fossile Energie setzen, kein Interesse, dass die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels in der Öffentlichkeit klar und deutlich benannt werden. Im Gegenteil! Deswegen haben sie ja im Laufe der Jahre Millionen Dollar ausgegeben, um Zweifel am Klimawandel zu schüren bzw. diesen letztlich als Schwindel und seine Experten als Lügner, deren Expertisen als unwissenschaftlich darzustellen. Allein in den Jahren 1997 bis 2004 hat die Öl- und Gasindustrie insgesamt ca. 420 Millionen Dollar ausgegeben, um Lobbyisten zu bezahlen, auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Sie bezahlen Klimaleugner, die „Gutachten“ fabrizieren, die behaupten, der Klimawandel sei nicht durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen bewirkt.

Einer der bekanntesten ist der

Raumfahrt-Ingenieur Wie Hock Soon, dieser erhielt in den Jahren 2005 bis 2015 über 1,2 Millionen Dollar von den Brüdern Koch, von Exxon Mobil (dem größten Erdölkonzern der Welt mit 237 Milliarden Dollar Umsatz 2017), dem American Petroleum Institut (= Hauptlobby der Erdölindustrie) und der Southern Company (einem der größten Stromversorger der USA, der stark auf Kohle setzt). Exxon hat dann 2010 seine Zahlungen an Soon eingestellt.

Geht es nach dem Profit-Interesse der größten Konzerne, die direkt fossile Brennstoffe ausbeuten bzw. nutzen, dann wird die Klimaerwärmung weiter gehen, mit ihren katastrophalen Folgen für die ganze Menschheit, mit nicht mehr rückgängig zu machenden Folgen für die Lebensbedingungen von uns allen, mit lebensbedrohlichen Folgen für viele Menschen auf unserem Planeten Erde.

Es geht darum: entweder weiter machen mit der Profitmaximierung für einige wenige Reiche und Superreiche oder lebenswertes Leben für die große Mehrheit der Menschen.

Auch in Europa gibt es viele Lobbys

von Klimawandel-Leugnern, u.a. auch in den Rechtsaußen-Parteien. Barbara Kolm, von der FPÖ als neue Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank berufen, hält den Klimawandel für

„Panikmache“ (Standard 10. Dez. 2018). Kolm ist auch Präsidentin der Hayek-Gesellschaft in Österreich und Mitglied der Mont Pelerin Society, eines sehr mächtigen neoliberalen Ökonomen-Verbands. Die Leugner des Klimawandels finden sich u.a. verstärkt auch unter den Rechtsaußen Parteien in Europa, sei es bei der Lega Nord in Italien, sei es bei der RN (= frühere Front National) in Frankreich, sei es bei

der FPÖ bei uns. Auch sie besorgen das Geschäft der Teile der Industrie, die weiter ungehindert auf unsere Kosten CO2 in die Luft blasen und die Erderwärmung verursachen.

Es gilt auch bei uns diese Profitinteressen, die hinter den Klimawandel-Leugnern stehen, aufzudecken und somit einen Beitrag zu leisten, dass dieser Wahnsinn gestoppt wird:

„Es geht um nichts weniger als die wichtigste Entscheidung in der Geschichte der Menschheit. Unsere Generation wird entscheiden, ob menschliche Gesellschaften in einer lebenswerten Form überleben können“, so der linke US-amerikanische Philosoph Noam Chomsky per Videobotschaft an die Klimakonferenz in Katowice (zit. nach „Kurier“, 15. Dez. 2018).

Unfassbar

Unfassbar, wenn Bürger es wagen, Fragen und Kritik an die Regierung zu richten.

Diese Meinung hat Kanzler Kurz kürzlich in Vorarlberg vertreten, als er ins Kreuzfeuer der Kritik geriet wegen einer, nach Meinung der betroffenen Betreuer ungerechtfertigten, brutalen Familientrennung und damit verbundener geplanter (später doch abgesagter) Abschiebung eines Teiles der Familie (Vater und Sohn). Die schwangere Mutter erlitt aufgrund der dramatischen Situation einen Zusammenbruch und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Kurz, der aus der Versammlung verschwinden wollte, wurde von den Bürgern zur Rede gestellt, war aber zu feige, dies gleich den

Kritikern in der Versammlung ins Gesicht zu sagen.



Erst am nächsten Tag stand es in den Vorarlberger Nachrichten, dass er es unfassbar fände, was sich diese Bürger herausgenommen hätten. Der Kanzler wollte die Schuld an dem Vorfall auf die Vorarlberger Behörden abschieben, eine bewusste Irreführung und Ablenkung von einem ihm peinlichen Fehler?! Denn: Die Behörden in Vorarlberg haben „nur“ ein Gesetz vollzogen, das

die Regierung beschlossen hatte.

Unfassbar ist höchstens so eine Einstellung eines von eben diesen und anderen Bürgern gewählten Bundeskanzlers, dem es gut anstünde, auf die Menschen unseres Landes zu hören, um zu verstehen, was sie bewegt und nicht zu erwarten, dass die Bürger kuschen, wenn die „Machthaber“ „vordenken“ und reden und dabei nur die eigenen Ideen als die optimale Lösung aller Probleme durchziehen, ohne Rücksicht auf Verluste, vor allem ohne Rücksicht auf Menschlichkeit. Unsere Hochachtung gilt den Bürgern in Vorarlberg, die sich gegen die Unmenschlichkeit dieser Regierung auflehnten!

(Beitrag aus: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, 5/18)

Frankreich:

„Gelbwesten“- Massenprotest



In den Medien wird die Protestwelle der „Gelbwesten“ in Frankreich fast ausschließlich auf die durch die Regierung Macron beschlossenen

starken Erhöhungen der Treibstoffpreise bezogen. Dass die Treibstoffpreiserhöhung nur der fehlende Tropfen auf das durch massiven Sozialabbau, Privatisierungspläne für den öffentlichen Verkehr (Ursache für die Eisenbahnerstreiks) und Lohnstagnation übervolle Fass der Unzufriedenheit mit dieser asozialen Regierung war, findet kaum Erwähnung. Der Hintergrund, dass Frankreich immer schon ein Beschaffungsproblem bei Erdöl hat und nun durch den von den USA erzwungenen Ausstieg des französischen Öriesen Total aus dem Irangeschäft seine hochtrabenden Militarisierungsprojekte gefährdet sieht, wird überhaupt nicht berichtet. Das führte zu der Maßnahme, den allgemeinen Verbrauch durch massive Preiserhöhungen für die Masse der einfachen Bürger zu senken und diese Maßnahme auch noch als „Ökosteuer“ zu deklarieren. Diese Unverschämtheit brachte den Unmut der Bürger zum überlaufen. Die von 80% (!) der Bevölkerung unterstützten Protestanten sind zu Recht der Meinung, dass die Ölkonzerne Milliardengewinne einstreifen indem sie Preissenkungen auf dem Weltölmarkt nicht an die Verbraucher weitergeben (übrigens auch bei uns nicht) und dass diese Konzerne zu Abgaben für die Umwelt verpflichtet werden müssten. Diese hinterhältige Tarnung der Profitgier der Konzerne als Umwelt- und

Fortsetzung nächste Seite

Klimapolitik, die dann von der verarmten Bevölkerung bezahlt werden soll, hat zu den landesweiten Protesten geführt. Sie sehen in Macron den „Präsident der Reichen“ und verlangten auch die Erhöhung der Mindestlöhne oder die Rücknahme von Pensionsbelastungen. Trotz Zugeständnisse von Macron gehen die Proteste weiter. Zuletzt haben sich auch die Schüler dem Protest angeschlossen.

Besonders schockierend war eine Polizeiaktion, bei der Schüler auf dem Boden knieend mit den Händen über dem Kopf von der Sicherheitspolizei festgehalten wurden. Siehe dazu Video auf der Homepage von „Le Monde“.



https://www.lemonde.fr/societe/article/2018/12/07/video-des-lyceens-a-mantes-la-jolie-on-peut-l-interpreter-comme-un-acte-de-vengeance_5394312_3224.html?xtmc=mantes_la_jolie&xtcr=10

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei, oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern erholsame Festtage und alles Gute für 2019!

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team

Datenschutzerklärung:

Wir vom „Österreichischen Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen (ÖSK)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch das „ÖSK“ zu den oben angeführten Zwecken.

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK

Verwendungszweck: Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW



Treffen zur Besprechung weiterer Aktivitäten gegen Schwarz-Blau

Dienstag, 15. Jänner 2019, 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien,
Amerlinghaus, EG, Raum 4